

Riesauer Tageblatt



und Anzeiger (Erbblatt und Anzeiger).

Telegramm-Adresse
"Tageblatt", Niesau.

Amtsblatt

Postfach-Nr. 20

der Königl. Amtshauptmannschaft Großenhain, des Königl. Amtsgerichts und des Stadtraths zu Niesau.

Nr. 250.

Freitag, 26. October 1894, Abends.

47. Jahrg.

Das Niesauer Tageblatt erscheint jeden Tag Abends mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Vierteljährlicher Bezugspreis bei Abholung in den Expeditionen in Niesau und Gretha, des Ausgabestortes, sowie am Schalter des telegr. Postamtes 1 Mark 25 Pf., durch die Träger frei ins Haus 1 Mark 50 Pf., durch den Briefträger frei ins Haus 1 Mark 65 Pf. Einzelhefte 10 Pf. Ausgabe-Nachnahme für die Nummern des Ausgabestortes bis Vormittag 9 Uhr ohne Gebühr.

Druck und Verlag von Ragner & Winterlich in Niesau. — Geschäftsstelle: Kasanienstraße 50. — Für die Redaktion verantwortlich: Hermann Schmidt in Niesau.

Bekanntmachung.

Nächsten Montag und Dienstag, den 29. und 30. October dieses Jahres, finden bei der unterzeichneten Behörde wegen Reinigung der Geschäftsräume nur

unausschließliche Sachen ihre Erledigung. Die Expedition des Standesamtes ist an diesen Tagen Vormittags von 11 bis 12 Uhr geöffnet.
Niesau, den 22. October 1894.

Der Stadtrath.
Räthler.

Tagesgeschichte.

Die italienische Regierung hat am Dienstag einen Schlag gegen den Sozialismus geführt, der an Gründlichkeit und Kühnheit in der sozialen Bewegung der Neuzeit nicht seinesgleichen hat. Durch Verfügung der Regierung sind sämtliche sozialistischen Vereine — von denen Mailand allein 55 aufzuweisen hatte — aufgehoben und aufgelöst worden. Die Maßregel war so gut geheimgehalten worden und wurde so pünktlich ausgeführt, daß nirgends auch nur der Versuch gemacht wurde, Widerstand zu leisten, denn Meldungen von Tumulten in Imola haben sich als unbegründet erwiesen. Es ist nicht zweifelhaft, daß die italienische Regierung schwerwiegende Gründe dafür hatte, von den weitgehenden Vollmachten, welche die Gesetzgebung ihr in diesem Sommer in die Hände gelegt hat, einen so umfassenden Gebrauch zu machen, und daß sie die Gewißheit hat, daß die Volksoberkeitung sie bei diesem Schritte stützen wird. Das ist um so eher anzunehmen von einer Verwaltung, an deren Spitze Crispi steht, dessen politische Vergangenheit den Verdacht einer planlosen Reaktion im Voraus abweist, und der noch vor einigen Jahren der Ansicht war, daß man den Sozialismus mit den Waffen des Geistes bekämpfen müsse und könne. Ein Mann wie er wird nicht ohne zwingenden Anlaß seine Meinung geändert haben. In Italien hat sich von jeher die soziale Bewegung in allerlei Geheimbünden und Bruderschaften offenbart, die von anarchischen Anschauungen durchdrängt, von Zeit zu Zeit geradezu in Landplagen ausarteten. Die Mafia und die Camorra im Süden, die schwarzen Dolchbrüder in Livorno und die jüngste Organisation der Fasci in Sizilien sind Beweise dafür. Wie weit die Verzweigung dieser Geheimbünde geht, zeigte sich noch im März bei der Wahl in Livorno, wo 3200 Wähler für den anarchischen Mörder Mergu stimmten. In Italien ist auch deutlicher als anderwärts die Thatfache zu Tage getreten, daß der Sozialismus die eigentliche Nährmutter des Anarchismus ist, und es heißt, daß die Sozialisten ihren Genossen vom Do. h und von der Sprengbombe bereitwillig Unterschlupf gewährten, nachdem letzteren die neuen Polizeigesetze das Handwerk verdröben hatten. Sozialisten nach deutschem Muster giebt es eigentlich nur in der Lombardei, und diese haben jetzt mit ihren anarchischen angeblichen Namensvettern büßen müssen. Wir wollen mit der „R. Ztg.“ das Vorgehen Italiens nicht als Vorbild für Deutschland empfehlen, wo der Männerstolz vor Königschronen schon in helle Entrüstung umschlägt, wenn es sich darum handelt, gesetzliche Bestimmungen gegen den Umsturz zu treffen, mit denen alle anderen Nationen bereits vorausgegangen sind; aber der Gegensatz zwischen hier und dort, zwischen den deutschen „Polizeistaaten“, die nachgerade ein Eldorado der Sozialisten und Umstürzler geworden sind, und dem freien, parlamentarisch regierten Italien, das kurzer Hand den Fehler mit dem Dieb aushebt, giebt doch zu denken.

Wie ein Durcheinander von Kraut und Rüben und wer weiß was sonst noch steht der Bericht aus, der in dem offiziellen Parteiblatt über den zweiten Sitzungstag des sozialdemokratischen Parteitagcs erstattet wird. Allerdings ist das nicht Schuld des Berichterstatters, sondern vielmehr nur die unausschließliche Folge der Art, wie die Verhandlungen selbst geführt wurden. Rund 20 Anträge, welche die verschiedenartigsten Gegenstände behandelten, wurden gemeinsam zur Debatte gestellt. Daß diese keine gründliche, verteilte sein konnte, versteht sich wohl von selbst. Ebenso selbstverständlich ist es, daß es wieder nicht an zugespitzten Bemerkungen fehlte, welche sich auf die Stellung der Parteigenossen zu der Reichstagsfraktion bezogen und insbesondere durch ein paar abfällige Äußerungen des früheren Parteisekretärs Fischer über jenes Sammelfestum von Anträgen veranlaßt wurden. Obwohl die Fraktion nicht direkt Unthätigkeit vorgeworfen wurde, so wurden doch Andeutungen laut, daß es doch etwas zu bourgeoismäßig aussehe, wenn die Fraktion die ihr „sozialistische“ überworfenen Anregungen immer nur zur „Erwägung“ nehme, um sie, nach Art des Bundesrathes, alsdann

in ihrem Schoße zu „begraben.“ Angenommen wurden schließlich nur nachstehende Anträge: Einbringung eines Antrages im Reichstage auf Einführung des achtstündigen Arbeitstages; Interpellation im Reichstage betreffend eine gemeinsame statistische Zusammenstellung über Einnahmen und Ausgaben, insbesondere über die Verwaltungskosten bei der Unfall- und Invaliditätsversicherung; Lohnschutz gegenüber betrügerischen Unternehmern; Reichsquote über Arbeitslosigkeit; Einbringung eines Gesetzesentwurfes, wonach die Unterstützung aus öffentlichen Mitteln nicht mehr den Verlust der staatsbürgerlichen Rechte (Wahlrecht) zur Folge haben soll; Interpellation betreffend richterliche Regelung des Fabrikinspektors; Gewerbegeheimnissen für Handlungsgehilfen und Gehilfen; Neueinbringung des sozialdemokratischen Arbeiterausgleichsgesetzes; Interpellation darüber, was die Regierung gegen die herrschende Arbeitslosigkeit zu thun gedente; periodische Aufnahmen über Arbeitszeit, -Löhne und Arbeitslosigkeit; Reform des Altersgesetzes, insbesondere Herabsetzung der Altersgrenze; Abänderung des Reichswahlrechtes, dahin, daß Wähler, welche durch ihre Erwerbsverhältnisse verhindert sind, ihr Wahlrecht am Wohnorte auszuüben (Schiffer, Hausierer, Flößer, Bau- und Ziegeleiarbeiter etc.) am Orte ihrer Arbeitsstätte wählen dürfen; Verantwortlichkeit von Beamten für schuldbare Handlungen und Unterlassungen; Unzulässigkeit einer Beschränkung des Schankgewerbes durch die Landesgesetzgebung in Bezug auf Lustbarkeiten und Ausschank zu einer bestimmten Zeit; reichsgesetzliche Regelung des Vereinswesens; Interpellation betreffend Vorgehen der Behörden gegen die Bergarbeitercasinos im Saarrevier; Interpellation betreffend das Amtsgericht Vangesebold, welches sozialdemokratischen Vätern das Recht zur Erziehung ihrer Kinder aberkannt hat; Wahlrecht der Arbeiterinnen zum Gewerbeamt; endlich Verbesserung des Gewerbeinspektors. Ausdrücklich sei noch die Ablehnung folgender Anträge erwähnt: betreffend Aufhebung des Impfwzwanges, sowie betreffend Aufhebung des schiffsrechtlichen Paragraphen. — Western lehnte der sozialistische Parteitag den Antrag v. Bollmar, die Anträge, welche die Bewilligung des bayerischen Gesamtbudgets durch die sozialistischen Abgeordneten tadeln, als erledigt zu betrachten, an. Hierauf wurde über das Amendement Stadthagen abgestimmt, welches beantragt, in der Bebel'schen Resolution („Da die Regierungen die sozialdemokratischen Bestrebungen kräftig bekämpfen, ist es notwendig, daß die Sozialdemokraten in den Landtagen ein Vertrauensvotum nicht geben und somit, da die Bewilligung des Gesamtbudgets als Vertrauensvotum gilt, in der Gesamtabstimmung gegen das Budget zu stimmen haben“) statt der Worte: „da die Bewilligung des Gesamtbudgets als Vertrauensvotum gilt“ zu setzen: „insoweit die Bewilligung des Gesamtbudgets ein Vertrauensvotum für die Regierungen darstellt.“ Dieses Amendement wurde mit 131 gegen 103 Stimmen angenommen. Der in diesem Sinne geänderte Antrag Bebel wurde jedoch mit 164 gegen 64 Stimmen abgelehnt. Da alle anderen Anträge vorher zurückgezogen worden waren, war die Angelegenheit damit erledigt.

Deutsches Reich. Der Empfang der ostpreussischen Deputation des Bundes der Landwirthe durch den Kaiser wird auf agrarischer Seite als Symptom des Erfolges der geschickten Versöhnungspolitik des Grafen Eulenburg bezeichnet. Es liegt die Annahme nahe, daß die Wendung, die durch diesen Empfang in der Stellung des Bundes der Landwirthe markirt wird, auch in der Leitung des Bundes zum Ausdruck gelangt. Für den hierzu erforderlichen Personalwechsel soll auch bereits gesorgt sein.

Der Entwurf einer Revision des preuß. Handelskammer-Gesetzes von 1870 ist nunmehr fertiggestellt und soll dem Landtag bei dessen nächster Tagung zugehen. Die Vorlage bringt eine Neueintheilung der Sitze von Handelskammern; es soll kein Kreis mehr unvertreten sein, und deshalb im Osten eine Vermehrung der Handelskammern, im Westen — „ergangsstadium“ — eine Zusammenlegung der alten und minder leistungsfähigen eintreten.

Weiter ist ein Ersatz der Reiskosten für die nicht am Sitz der Kammer wohnenden Mitglieder vorgezogen. Endlich ist versuchsweise eine übergeordnete Instanz, eine Art Senatsrath angeordnet.

Eine Verschuldungs-Statistik wird in Bayern von seiten des Ministeriums des Innern aufgenommen. Die Statistik soll in je drei Gemeinden jedes Regierungsbezirkes, also in 24 Gemeinden, die als typisch zu gelten haben, durch besondere, mit der Landwirtschaft in steter Fühlung stehende Kommissare und unter Mitwirkung der Organe des landwirtschaftlichen Vereines erfolgen und insbesondere auch das Grund-Kreditwesen wie überhaupt alle Belastungen zum Gegenstande haben.

Zu meist gut unterrichteten Kreisen ist das von uns gleichwohl nur unter Vorbehalt wiedergegebene Gerücht verbreitet, daß Kaiser Wilhelm die Absicht habe, den Fürsten Bismarck einzuladen, der geplanten Feier der Schlüsselübergabe für das neue Reichstagshaus beizuwohnen. Daß der frühere Reichskanzler bei einer solchen Feier kaum bei Seite gelassen werden könnte, wird wohl niemand bestreiten mögen. Andererseits ist allerdings kaum anzunehmen, daß der Gesundheitszustand des Fürsten Bismarck diesem gestatten würde, einer solchen Einladung zu folgen und der anstrengenden Feier in dieser ungemüthigen Jahreszeit beizuwohnen.

Frankreich. Das alberne Gerücht von der Vergiftung des Jaren veranlaßt den „Intrausigeant“ zu der Bemerkung: „Man hat am russischen Hofe einen französischen Arzt verlangt; aber der deutsche Professor Lehden hat sich der Intervention eines unzerer Hospitalärztes widersetzt. Ohne Zweifel fürchten die Deutschen das Licht in dieser finsternen Geschichte.“ Nun ist es also heraus: Der Jar ist durch die Deutschen vergiftet worden; es hilft kein Zeugnen mehr. Die „Libre Parole“ ihrerseits macht die Juden für den Tod des Jaren verantwortlich. Das Thema von der Nichtberufung eines französischen Arztes an das Krankenlager des Jaren spielt überhaupt in den Pariser Blättern eine gewisse Rolle. Besonders beschäftigt sich, wie schon mitgeteilt worden ist, „Figaro“ viel damit; als Trost für diesen Schmerz versichert er, die zu große räumliche Entfernung habe eine solche Berufung nicht gestattet. „Gaulois“ dagegen ist erstaunt, daß man gewisse Spezialitäten systematisch vom Jaren entfernt gehalten habe, welche ihn mit mehr Einsicht und Hingebung behandelt haben würden, als diejenigen, mit denen man ihn umgeben hat. Folgen die Namen eines englischen Arztes und dreier französischer Aerzte. Sollte der Jar wirklich seinem Leiden erliegen, so werden wir sicher in einem oder dem anderen Blatte zu lesen bekommen, daß er am Leben geblieben wäre, wenn er einen französischen Arzt berufen hätte.

Rußland. Einige bemerkenswerthe Äußerungen des Jaren über seinen Zustand werden der „Köln. Ztg.“ aus Petersburg mitgeteilt. Seit einiger Zeit bereits weiß der Kaiser, daß nach menschlicher Berechnung für ihn keine Rettung mehr vorhanden ist. Er nahm diese ihm auf sein bestimmtes Verlangen von den Aerzten gemachte Erklärung mit edlem Mannesmuthe entgegen und bewahrt fortgesetzt seine volle Ruhe und sein ergebungsvolles Gottvertrauen. Davon zeugt auch folgende verbürgte Äußerung, die der Jar wenige Tage später machte, als sein Befinden sich vorübergehend etwas besserte: „Es ist betrübend“, sagte Alexander III., „wenn man in meinen Jahren in den Tod gehen soll, wenn ich persönlich auch nicht so sehr am Leben hänge. Sollte aber Gott der Herr mein Leben noch für mein theures Rußland für nützlich erachten, so wird er mich gesund machen, wie er mich ehemals bei Borki errettet hat.“ Vom Kaiser selbst gingen dann die Befehle aus, die nach seinem Hinscheiden wichtige Thronfolgerfrage sofort zu regeln, und desgleichen der Wunsch, noch die Braut seines Sohnes persönlich segnen zu können. Seit Dienstag verlautet gerüchsweise, die Aerzte hofften noch zwei bis drei Wochen das Leben des Jaren verlängern zu können. Im Zusammenhang damit wird behauptet, daß die stille Vermählung des Thronfolgers noch etwas hinausgeschoben würde und der Aufnahme der Braut in die orthodoxe Kirche nur sofort die „kirchliche Verlobung“ (Dobrotchenje) folgen werde. Mit ihrem feierlichen Ring-

2,00
2,50
3,10
4,15
4,50
5,40
7,—
3,00
5,00
5,40
6,15
6,45
—
—
—
15 9.3
45 2.0
40 8.0
—
—
—
10.00
20 3.10
10 9.45

sa
n Jüffern